

Forderungskatalog für einen verbesserten Hochwasserschutz in der Stadt Oldenburg, insbesondere im Südosten

CDU Oldenburg-Stadt - Stadtbezirksverband 5

29.12.2024

Dieser Forderungskatalog wurde im Zeitraum März bis Dezember 2024 vom CDU Stadtbezirksverband 5 erarbeitet und richtet sich an die für den Hochwasserschutz Verantwortlichen der Stadtverwaltung und der im Rat regierenden Parteien. Es ist ausdrücklich erlaubt und gewollt, dass diese Informationen von allen interessierten Bürgerinnen und Bürger genutzt werden können. Für die CDU Oldenburg-Stadt - Stadtbezirksverband 5, steht ein nachhaltiger und effektiver Schutz vor Hochwasser im Vordergrund.

Die Ersteller bedanken sich beim THW Oldenburg, beim Amt für Umweltschutz und Bauordnung, dem Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz sowie der Kreisjägerschaft Oldenburg-Stadt für die Informationen die in diesen Katalog mit eingeflossen sind. Nur durch eine Vernetzung gesellschaftlicher und fachkompetenter Vereinigungen und Interessengruppen kann eine sachdienliche Verbesserung für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Oldenburg erreicht werden.

Folgende Punkte sind für einen verbesserten Hochwasserschutz umzusetzen:

- Die Stadt Oldenburg muss ausreichende bauliche Schutzmaßnahmen zur Sicherung von Hochwasser schaffen
- Die Stadt Oldenburg muss eine ausreichende Anzahl von Sandsäcken sowie Befüllmaschinen vorhalten; Befüllorte für Sandsäcke müssen festgelegt sein und für den Einsatzfall zur Verfügung stehen
- Die Stadt Oldenburg muss eine ausreichende Zahl von Mobildeichen (Bandenprofile) nebst Werkzeug und Transportkapazitäten vorhalten. Für solche Schutzdeiche müssen ausreichend Lagerplätze, so zum Beispiel in einem Katastrophenschutzzentrum, vorhanden sein
- Die Stadt Oldenburg muss für die sachliche Sicherung von Hochwasserschutzmaterialien, Maschinen und Fahrzeugen beim Einsatz zuständig sein, um Diebstahl zu vermeiden
- Die Stadt Oldenburg muss ein Zwischenlager für Sprengstoff und eine ausreichende Menge solcher vorhalten, um für den Notfall Deiche sprengen zu können
- Die Stadt Oldenburg muss bestehende Hochleistungspumpen intakt halten, warten und mehrere Personen als Bedienpersonal qualifizieren und vorhalten

- Die Stadt Oldenburg muss Hauseigentümern in hochwassergefährdeten Gebieten mit Beratung und Informationen zur Vorsorge proaktiv zur Seite stehen
- Die Stadt Oldenburg muss im Katastrophenfall die Bürgerinnen und Bürger informieren können. Dafür müssen Sirenen installiert sein, mobile Teams mit Einsatzfahrzeuge mit Lautsprechern zur Verfügung stehen und ein „heißer Draht“ zu den lokalen Medienhäusern etabliert sein, um auf Internetseiten schnell informieren zu können. Ferner müssen Schnittstellen zu Warn-Apps wie „KATWARN“ geprüft werden
- Die Stadt Oldenburg muss ausreichend Räumlichkeiten für die Einsatzleitung mit Internet, WLAN, Notstrom und Proviant zur Verfügung stellen („Katastrophenschutz-zentrum“)
- Die Stadt Oldenburg muss regelmäßige Übungen für den Katastrophenfall durchführen
- Die Stadt Oldenburg muss Behörden und Gebietskörperschaften wie das Wasser- und Schifffahrtsamt, Landkreis Oldenburg, Land Niedersachsen, Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz zu Treffen einladen um Maßnahmen zu diskutieren, zu koordinieren und festzulegen. Beispiel: Gebietsübergreifende Überwachung von Deichen und anderen Hochwasserschutzmaßnahmen wie die Installation von Pegeln, Ausbaggern von Sandfängen, usw.
- Die Stadt Oldenburg muss bestehende Deiche frei von Bäumen und Sträuchern halten, die die Deiche schädigen könnten. In dem Zusammenhang ist auch die Aufgabenverteilung zwischen Stadt und Deichbänden zu klären
- Die Stadt Oldenburg muss ein Abbau- und Entsorgungskonzept für die Maßnahmen nach einem Katastropheneinsatz etabliert haben. So ist beispielsweise zu klären wie mit den Sandsäcken und dem Sand zu verfahren ist
- Die Stadt Oldenburg muss die Hochwasserschutzmaßnahmen wissenschaftlich begleiten lassen. So ist beispielsweise eine wissenschaftlich fundierte Erfassung des Volumens des Flussbetts der Hunte erforderlich, um die Auswirkung unterschiedlicher Volumenströme besser vorhersagen zu können
- Die Stadt Oldenburg muss ausreichend Personal qualifizieren und vorhalten. Die Schaffung eines Katastrophenschutzbeauftragten ist erforderlich. Hierfür soll keine neue Stelle geschaffen werden, sondern bestehendes Personal weiterqualifiziert werden. Qualifizierungsbedarf könnte u.a. im Bereich Projektmanagement bestehen
- Die Stadt Oldenburg muss regelmäßig im Rat bzw. den entsprechenden Ausschüssen über den aktuellen Stand der Katastrophenschutzmaßnahmen informieren. Ferner wird ein jährlich stattfindender Tag der Katastrophenschutzkräfte gefordert, um die

oft ehrenamtlichen Kräfte zu würdigen und die erforderlichen Maßnahmen bei den Bürgerinnen und Bürgern ins Bewusstsein zu holen

- Die Stadt Oldenburg muss die Jagdpächter bei der Jagd auf Nutrias und andere Schadtiere unterstützen. Grund ist, dass Deiche in ihrer Funktionsfähigkeit insbesondere durch Nutrias und Biber stark gefährdet sind. Zu dieser Unterstützung zählen u.a. folgende Maßnahmen:
 - Information von Spaziergängern in betroffenen Gebieten, dass Nutrias nicht gefüttert werden dürfen und außerdem für Hunde eine lebensbedrohliche Gefahr darstellen (bspw. Aufklärung durch Schilder mit Schockbildern)
 - Zählungen von Nutriabau um einen Überblick über die Zahl der Tiere zu erhalten
 - Monetäre Unterstützung der Jäger mit Lebendfallen und/oder Schaffung eines Mietmodells für solche. Hier ist die Koordination mit Wasser- und Bodenverbände erforderlich
 - Abgabe von Kadavern („Schwanzprämie“) auch bei der Stadt und nicht nur bei Landwirtschaftskammer und Wasser- und Bodenverbänden